

Klagen für den Weiterbau

Bürgermeister klagen für die Fortführung des Planfeststellungsverfahrens für die B31 West

Breisach/Gottenheim. Insgesamt neun Gemeinden im westlichen Breisgau sind am Weiterbau der B31 West interessiert und haben deshalb im Oktober 2013 Klage gegen die Aussetzung des Planfeststellungsverfahrens für den zweiten Bauabschnitt der B31 West von Gottenheim bis Breisach gegen das Land Baden-Württemberg beim Verwaltungsgerichtshof in Mannheim erhoben.



Sie klagen gemeinsam auf Entscheidung (von links): Walter Laub, Rechtsanwalt Dr. Michael Bender, Bernd Belle, Oliver Rein, Martin Rupp, Josef Hügele und Martin Obert.

Foto: bl

Kürzlich trafen sich Ortsvorsteher und Bürgermeister in Breisach, um sich von Rechtsanwalt Dr. Michael Bender über die rechtlichen Hintergründe der Klage informieren zu lassen.

Bürgermeister Oliver Rein betonte, es sei alles bekannt. Dass das Verfahren zum Ruhen gebracht worden sei, nannte er ein „perfides Vorgehen“. Er legte noch einmal den bisherigen Ablauf seit dem Planungsstopp am 10. November 2011 dar und wies auf die Unverzichtbarkeit der B31 West für die Stadt Breisach und die südöstlichen Kaiserstuhl- und Tuniberggemeinden hin.

Martin Obert sprach als Bürgermeister von Ihringen über die Verkehrskonferenz im November vergangenen Jahres in Stuttgart, wo Staatssekretärin Gisela Splett die Notwendigkeit der Straße abgestrit-

ten habe. Er wies darauf hin, dass durch die Untätigkeit des Landes die Gemeinde Ihringen Mittel in Höhe von 180.000 Euro für Gutachten verliere. Oliver Rein warf ein, dass es noch viel mehr sei - „Verschwendung von Steuergeldern“.

Martin Rupp, Bürgermeister von Merdingen, fand es „unmöglich, dass eine Bundesstraße im Nirgendwo endet“. Josef Hügele, Bürgermeister von March, freute sich: „Wir haben die Straße“ und berichtete von persönlich erfahrenen Verkehrsbehinderungen auf dem Weg nach Breisach. Bernd Belle, stellvertretender Bürgermeister von Bötzingen, nannte statistische Daten des Lkw-Verkehrs - auch auf Schleichwegen durch Wohngebie-

te. Walter Laub, Bürgermeister von Umkirch, wies darauf hin, dass niemals nur der erste Bauabschnitt genehmigt worden wäre, ohne den zweiten. Auch er beklagte sich über die SPD-Abgeordneten, „die zuerst Hilfe zusagen und dann die Anfrage im Verkehrsausschuss abbugeln“. Martin Rupp kritisierte als Bürgermeister von Merdingen das Vorgehen der Grünen als „unerhörten Stil“. Martin Obert beklagte, dass durch das ruhende Verfahren weitere Planungen gehemmt würden, er nannte als Beispiel die sanierungsbedürftige Straße zwischen Wasenweiler und Gottenheim und die fehlenden Zufahrtsmöglichkeiten für das Gewerbegebiet Wasenweiler. Josef Hügele wies darauf

hin, dass die Planungen für die B31 bereits seit den 50er-Jahren liefen.

Rechtsanwalt Dr. Michael Bender berichtete über das Klageverfahren aus juristischer Sicht. Zunächst gehe es im Klageverfahren nur darum, dass eine Entscheidung getroffen werden müsse, ob die Straße gebaut werde oder nicht. Eine Klage auf Erlass einer Entscheidung sei bisher nie vorgekommen. Die B31 sei immer als zusammenhängende Maßnahme gedacht gewesen. Ein „ruhendes Planfeststellungsverfahren“ gebe es nicht, das Zügigkeitsgebot gelte auch hier. Das „Ruhens“ würde begründet mit vorgeschobenen Gründen wie Naturschutz, Finanzen, Mangel an Bedarf, einen Rechtsgrund gebe es jedoch nicht.

Bürgermeister Oliver Rein fasste zusammen: „Hier wird etwas gemacht, was so nicht geht.“ Ihn störte besonders die Art und Weise des Umgangs mit Gemeinden und Bürgern. Er erwarte, dass das Projekt in den „vordringlichen Bedarf“ genommen und darüber entschieden werde. Der rechtswidrige Zustand - ein Abschnitt der B31 ist nicht zu Ende gebaut - solle endlich beseitigt werden.

Birgit Lüttmann

Gegen den Weiterbau der B31 West spricht sich der Arbeitskreis Freiburg-Kaiserstuhl des Landesnaturschutzverbandes aus. Mehr zur Position des Verbandes auf Seite 7.